

Entschädigung: Katholische Kirche bietet Missbrauchsoffern bis zu 5000 Euro an

Es ist die Untergrenze der in Gerichtsurteilen üblichen Summen: Die katholische Kirche verspricht Opfern sexuellen Missbrauchs bis zu 5000 Euro Entschädigung - je nach Schwere des Falls. Damit preschten die Bischöfe am Runden Tisch in Berlin vor.

Berlin/Bonn - Nun ist es offiziell: Die katholische Kirche plant, jedem minderjährigen Opfer sexuellen Missbrauchs bis zu 5000 Euro Entschädigung zu zahlen. In besonders schweren Fällen seien auch andere oder zusätzliche Leistungen möglich. So will sie bei akutem Bedarf Kosten für eine Psychotherapie oder Paarberatung übernehmen. Dieses Angebot legte die Bischofskonferenz bei den Beratungen des Runden Tisches der Bundesregierung am Mittwoch in Berlin vor. Außerdem soll es einen Präventionsfonds geben, der mit 500.000 Euro ausgestattet wird.

Wie der SPIEGEL bereits im September vergangenen Jahres berichtete, wollte die katholische Kirche Opfer nicht mit einem pauschalen Betrag entschädigen, sondern strebte individuelle Lösungen an, die sich an der Schwere eines Falls orientieren sollten. Vertreter von Opfern sexuellen Missbrauchs hatten einen pauschalen Betrag von rund 82.000 Euro gefordert, Gerichte verhängen üblicherweise Entschädigungen von 5000 bis 10.000 Euro je Opfer.

Die katholische Kirche unterbreitete das Angebot im Alleingang - ohne Regelungen aus der Arbeit des Runden Tisches abzuwarten, da diese "noch nicht absehbar" seien. Die Kirche sehe sich in der Pflicht, eine möglichst schnelle Hilfe anzubieten. Betroffene könnten sich ab dem 10. März mit Anträgen melden.

Die Arbeitsgruppe Justiz des Runden Tisches beriet am Mittwoch über mögliche Hilfen für Opfer. Es sei gemeinsame Verantwortung aller Träger, Hilfe zu leisten, sagte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Die Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, Christine Bergmann, sprach sich für ein übergreifendes Hilfsmodell aus.

Der von Bergmann favorisierte Vorschlag sieht vor, dass sich alle Verantwortungsträger an einem Fonds beteiligen, der die Prüfung und Abwicklung der Ansprüche übernimmt. Insbesondere Opfer juristisch verjährter Fälle sowie Opfer familiären Missbrauchs sollen auf diese Weise Zugang zu Therapie und Beratung erhalten.

Anträge auf Entschädigung bei der katholischen Kirche können Personen stellen, "die geltend machen, als Minderjährige Opfer sexuellen Missbrauchs durch Kleriker, Ordensangehörige und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Bereich geworden zu sein". Die Richtigkeit der Angaben sei schriftlich an Eides Statt zu erklären, weitergehende Belege oder Beweise würden nicht verlangt.

Täter sollen persönlich haften

Die Hilfen hätten das Ziel, "zur Heilung der Folgen sexuellen Missbrauchs" beizutragen, erklärte die Bischofskonferenz. Alle Leistungen seien freiwillig und erfolgten ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Die Entschädigung in Höhe einer Einmalzahlung von bis zu 5000 Euro soll nach dem Angebot der Bischofskonferenz vom Täter persönlich übernommen werden. Wenn der Täter nicht mehr belangt werden kann oder nicht freiwillig zahlt, soll ersatzweise die betroffene kirchliche Stelle einspringen.

Die Bischöfe hätten keine Pauschallösung für alle Opfer gewollt, erläuterte der Trierer Bischof und Missbrauchsbeauftragte Stephan Ackermann. Jeder Fall werde einzeln geprüft. Die Auszahlungen sollten

möglichst schnell erfolgen und noch in der ersten Jahreshälfte anlaufen. Die Prüfung der Anträge soll eine zentrale Koordinierungsstelle übernehmen.

Das Angebot zur finanziellen Entschädigung bezieht sich auf Fälle, bei denen wegen Verjährung kein durchsetzbarer rechtlicher Anspruch mehr auf Schadensersatz und Schmerzensgeld besteht. Um Opfern, bei denen die Fälle noch nicht verjährt sind, einen Rechtsweg zu ersparen, sollen außergerichtliche Einigungen angestrebt werden.

Angaben über die zu erwartende Zahl an Anträgen kann die Bischofskonferenz noch nicht machen. Gerechnet wird mit "einigen Tausend" - es gebe aber noch keine genauen Opferzahlen. Dies liegt auch daran, dass noch keine einheitlichen Daten aus den einzelnen Bistümern vorliegen. Hierfür soll ein Raster erarbeitet werden, das auch datenschutzrechtlichen Bestimmungen genügt.

Opfer kritisieren Angebot

Opfervertreter haben sich empört über das Entschädigungsangebot der katholischen Kirche geäußert. "Es ist schäbig, wie die reichste Kirche der Welt versucht, sich aus der Affäre zu ziehen", sagte der Sprecher der Opfergruppe Eckiger Tisch, Matthias Katsch, der "Frankfurter Rundschau".

Die genannte Summe von bis zu 5000 Euro sei eine "Unverschämtheit". Es gehe offenbar nicht um die Frage, was für die Tat angemessen sei, sondern was sich die Kirche leisten wolle. "Die Täterorganisation legt selbst fest, was ihr die Angelegenheit wert ist."